

Beleuchtungsrichtungen, Ausfingelassen und dergleichen enthält. Die neuen Vorschriften sollen jedoch keine Anwendung auf bestehende Anlagen finden, soweit daran nicht größere Reparaturen notwendig werden. Der Entwurf wurde vom Rat genehmigt.

Die Königl. Polizeidirektion hat für Vollgültigkeit Klagenstrafe 15/17) wird anlässlich des Weihnachtsfeierfestes zu folgenden Stunden für den Verkehr mit dem Publikum geöffnet sein: am 19. bis 22. Dezember: 8 bis 12 Uhr vorm., 3 bis 6 Uhr nachm.; am 23. Dezember (Sonntag): 10 bis 12 Uhr vorm.; am 24. Dezember: 8 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm.; am 25. und 26. Dezember: 10 bis 12 Uhr vorm.; am 27. Dezember: 8 bis 12 Uhr vorm., 2 bis 6 Uhr nachm.

Welchem vormittag wurde im Ministerium des Innern von Staatsminister Grafen v. Hohenthal und Geheimrat Dr. Roscher eine Abordnung der Mittelstandsvereinsung zur Arbeit eine Abordnung der Mittelstandsvereinsung zur Arbeit... Die Abordnung bestand aus folgenden Herren: Ingenieur Theodor Reich-Bergna, 1. Vorsitzender der Mittelstandsvereinsung, Buchhändlermeister Paul Ulrich-Dresden, 2. Vorsitzender, Fabrikant Bruno Hitzschel-Bergna, 3. Vorsitzender, Kaufmann Hugo Seibert-Lessing, Strohwarenfabrikant Matthias Chemnitz, Vorsitzender des Sächsischen Hausbesitzerverbandes, Schulbuchverlegermeister R. Gruber-Blauen a. W., Vorsitzender des Verbandes sächsischer Gewerbetreibender, Kaufmann Gottlieb-Friedrich, Vorsitzender des Sächsischen Mittelstandsverbandes, Buchhändlermeister Adolf-Baugh, Vorsitzender des Innungsbundess, Tischlermeister Wilhelm-Riesner, Vorsitzender des Innungsbundess, Rechtsanwalt Riosch-Dresden, Vorsitzender gegen Umweltschlüssel und Gewerbe, Volkshilfsverein Wendisch-Dresden, Vorsitzender des Allgemeinen Gewerbetreibenden, Oberamtlicher Dr. Kühnemann-Dresden und Generaldirektor Ludwig Nöbels-Dresden. Der Vorsitzende der Mittelstandsvereinsung, Herr Ingenieur Reich, überreichte die Denkschrift dem Herrn Minister mit einer Ansprache, in der er in der freimütigsten Weise die Mittelstandsorderungen erläuterte. Der Herr Minister gab hierauf nachstehende Erklärung ab: Ihre Sympathie dränge ich den Verehrten entgegen. Die Stellung des Mittelstandes ist seit Jahren und seiner Beanspruchung entgegenzuwirken. Die Erhaltung eines wirtschaftlich kräftigen und hoffnungstreuen Mittelstandes in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel ist im Interesse einer gesunden Entwicklung von Staat und Welt ein höchst wichtiges. Gegenüber den mannigfachen Einwirkungen, die den Mittelstand beeinträchtigen und den Glauben seiner Mitglieder an die eigene Zukunft erschüttern, ist eine sorgfältige Untersuchung der Ursachen des Uebels notwendig. Die Denkschrift hat nach den oben genannten Darlegungen einen sehr interessanten Inhalt. Eine Stellungnahme der Regierung zu diesen einzelnen Punkten wird nicht heute schon erwartet werden können, zumal da ein erheblicher Teil der vorgetragenen Wünsche zur Ausübung des Reiches oder des Antragsministeriums gehört. Zur Ausübung des Reiches gehören das Ausgabebudget, die Abgabenverwaltung, die Sicherung der Fortdauer des Bauhandwerkes, die Stellen- und Meisterprüfungen, die Beweismittel zur Verheimlichung und andere Fragen der Innungswirtschaft. Zur Ausübung des Antragsministeriums gehört das Submissionswesen bei Staatsbauten und die Erbschaftsteuer. Schon jetzt kann ich versichern, daß die vorgetragenen Wünsche vom Ministerium des Innern eingehend geprüft werden sollen. Das Ministerium des Innern wird für besonders wichtige Fragen, welche die Verhältnisse des Mittelstandes betreffen, gern Vertreter des Mittelstandes zum Beirat ausweisen, wie es schon bisher a. B. die Verhältnisse der gewerblichen Fachschulen durch Beratung mit besonders sachkundigen Vertretern des Gewerbes erfolgt hat und noch in diesem Monate die Verhältnisse der sächsischen Fachschulen mit Vertretern des Ministeriums zu beraten beabsichtigt. Es wird ferner den gewerblichen Schulen als einer besonders wichtigen Einrichtung zur Förderung des Mittelstandes besondere Rücksicht zuwenden. Hierbei ist besonders daran zu erinnern, daß der Staat für die gewerblichen Fachschulen schon jetzt erheblich mehr Beihilfen ausweist, als die beteiligten Gewerbe und Gemeinden zusammen ausführen. Die Unterstützung der Meisterprüfung, deren das Ministerium nachgedachte Staatsbeihilfe in keinem Falle verweigert hat, wird auch ferner am besten werden. Die Zahl der Orte, in denen Kleinmeisterbetriebe Staatsmittel zur Benutzung elektrischer Kraft darzubieten erwünscht werden, wächst in erfreulicher Weise. Den gewerblichen Genossenschaften ist durch Unterstützung des Genossenschaftsverbandes, der Handwerker-Genossenschaftsverbandes und der mit ihr verbundenen einzelnen Genossenschaften vom Ministerium Hilfe geleistet worden, die auch weiter in Aussicht genommen worden ist. Durch Anschließung an den von der belgischen Regierung angeordneten Internationalen Verband zum Studium der Verhältnisse des Mittelstandes hält sich das Ministerium des Innern auch in Rücksicht mit den gleichartigen Betreibungen anderer Regierungen. Nach alledem erlaube ich Sie, meine Herren, den Rat nicht herein zu lassen. Freilich sind mannigfache Schwierigkeiten zu überwinden und nicht alle anfänglich ins Auge gefaßten Ziele führen zum Ziele. Aber die Erhaltung eines lebenskräftigen und fröhlich wirkenden Mittelstandes ist für unser ganzes Volk eine so wichtige Aufgabe, daß die Anwendung ernstlicher Arbeit bei der Regierung und bei der Bevölkerung rechtfertigt. Zum Schluß sprach der Herr Minister auf die allgemeinen politischen Verhältnisse ein. Er wies auf den Ernst der Lage hin und betonte, daß es Ehrenpflicht jedes deutschen Mannes sei, sich bei den bevorstehenden Wahlen auf Seite der verbündeten Regierungen zu stellen. Es handele sich um die deutsche Nation und um das deutsche Ansehen in der Welt. Er ersuchte nicht darum, daß Staat und Regierung auf den Mittelstand achten können. Er hoffe, daß der Mittelstand sich entschließen werde, die Sozialdemokratie zurückzuweisen. Der Herr Minister dankte für die wohlwollenden Bemerkungen des Herrn Ministers und gab der Erwartung Ausdruck, daß die Denkschrift zu weiterer Verständigung und Änderung zwischen Regierung und Mittelstand beitragen werde. Es sei notwendig, daß etwas Durchdringendes geschehe, damit der verarmende Mittelstand wieder mit neuem Vertrauen zu unseren Verhältnissen erfüllt werde. Graf v. Hohenthal erwiderte, daß die sächsische Regierung auch in Zukunft nichts unterlassen werde, sowohl im Lande als auch im Bundesrat

die Interessen des Mittelstandes zu vertreten. Der Mittelstand wolle entscheiden den Versuch machen, eine geeignete parlamentarische Vertretung im Reich zu erlangen. Nur so könne er etwas erreichen. Man könne versichert sein von der festen Überzeugung der Regierung, daß der Mittelstand das größte Wohlwollen verdiene. Die Staatsregierung wolle ganz genau, daß auf einem gesunden und kräftigen Mittelstande die Zukunft des Reiches beruhe. Der Geheimrat Roscher gab sodann einen Überblick über die gegenwärtigen Verhältnisse, die gegenwärtig von der Reichsregierung zur Behauptung des Mittelstandes unternommen und geplant werden. Daraus knüpfte sich eine allgemeine Aussprache, an der sich die Herren Seibert, Hitzschel, Reich, Ulrich, Gruber, Seibert, Reich und Hitzschel beteiligten. In dieser Aussprache wurden mit der größten Offenheit die Wünsche des erwerbstätigen Mittelstandes besprochen. Der Minister ging in der wohlwollendsten Weise auf die angeregten Fragen ein und laute erneuernde Prüfung zu. Bericht wurden u. a. die Warenhaus- und Konsumvereinsfrage und die Frage der Beamtenkassensysteme. Der Minister hat um die wohlwollende Beurteilung der Sachlage gebittet, die bisher leider wenig Berücksichtigung gefunden hätte. Die Vereinsfrage, die um 11 Uhr begonnen hatte, fand zum 12 Uhr ihr Ende mit der Versicherung des Ministers, er habe sich darüber sehr gefreut, daß ihm die Vertreter des Mittelstandes durch ihr Erscheinen bewiesen hätten, daß sie Vertrauen zu ihm (dem Staatsminister) haben.

Die Vorarbeiten für die Errichtung eines dritten städtischen Wasserwerkes auf Kötzschwitzer Platz sind so weit vorgeschritten, daß mit dem Bau voraussichtlich bereits im Juni 1907 begonnen werden dürfte. Das neue Wasserwerk kommt auf das Terrain des von der Stadt erworbenen Hinterschen Platzgrundstückes zu stehen. Vor dem Ansatze dieses Terrains wurden jedoch auch noch Bohrungen nach Trinkwasser in der sogenannten Bilzengasse in Walewitz, sowie in den Fluren Rahlitz und Trachau unternommen, doch ergab sich hierbei, daß keine dieser Stellen zur Anlage eines dritten Wasserwerkes für Dresden geeignet war. Die Erwerbung des Hinterschen Grundstückes durch die Stadt zum Zwecke der Errichtung des städtischen Wasserwerkes auf Kötzschwitzer Platz, sowie des Hinterschen Grundstückes in Kötzschwitz kosteten die annähernde Summe von 1,500,000 Mk. Der Dresdner Wasserverbrauch betrug im Jahre 1905: 17,541,257 Kubikmeter und der Tagesbedarf stellte sich in dem genannten Jahre auf 77,235 Kubikmeter. Durch die Einführung der Schwammfiltration sind jedoch weitere Wasserreserven, die das Tiefwasser mit mindestens 4000 Kubikmeter in einem Tage schädigt, erschließbar, so daß für den Sommer des Jahres 1910 mit einem Wasserverbrauch von 19,500,000 Kubikmetern gerechnet werden muß. Die fünf zur Verfügung stehenden Werke, und zwar das an der Saloppe, das Tollerwerk, das Trachauer, das Blauenische und das Kötzschwitzer Werk, liefern jedoch bei normalen Grundwasserverhältnissen zusammen nur 83,300 Kubikmeter und können demnach bei voller Leistung den Höchstbedarf im Jahre 1910 nicht mehr decken. Das zur Anlage des Werkes erworbene Land besetzt eine nördliche Länge von 1200 Meter und in diesem Westteil kann ein für die Versorgung der Stadt geeignetes Wasser in einer Menge von etwa 60,000 Kubikmetern in 24 Stunden gewonnen werden. Nach dem vollständigen Ausbau dieses Werkes würden somit die sämtlichen städtischen Werke in 24 Stunden etwa 150,000 Kubikmeter Wasser zu liefern vermögen und es würde damit die Wasserversorgung der Stadt selbst bei einem Anwachsen der Bevölkerung auf 1,000,000 Köpfe gesichert sein. Zunächst soll das neue Werk für eine Leistungsfähigkeit von 30,000 bis 35,000 Kubikmeter Wasser errichtet werden, doch ist die Anordnung so getroffen worden, daß eine Erweiterung des Werkes jederzeit und ohne Betriebsunterbrechung erfolgen kann. Der Gesamtumfang für die Errichtung des dritten Wasserwerkes stellt sich nach den Berechnungen des städtischen Betriebsamtes wie folgt: für die Wasserversorgungsanlage 307,000 Mk., für die Wassereinsparungsanlage 1,278,308 Mk., für die Druckleitung 711,000 Mk., für die Hochbehälteranlage 433,000 Mk. usw. Die Gesamtsumme ist mit 2,789,188 Mk. eingestuft. Hierzu kommen weiter für Verzinsung des Kaufpreises für das zur Anlage der Wasserhebungsanlage und des Hochbehälters erworbene Land in Höhe von rund 1,000,000 Mk. zu 3 1/2 Prozent während der Bauzeit, das ist etwa zwei Jahre, vom 1. Januar 1907: 112,000 Mk., für Verzinsung der Baugelder während der Bauzeit: 108,000 Mk., so daß sich die Gesamtsumme auf rund 3 Millionen Mark stellt.

Ueber die Verhältnisse des städtischen Wasserwerkes im hiesigen Straßenbahnbetriebe liegt den Stadtobern eine Kassenabrechnung vor, in deren Beurteilung unter anderem folgendes bemerkt wird: Wie in den betriebliehen Kreisen allgemein bekannt ist, ist der Straßenbahn-Akkumulatorenbetrieb im hohen Maße ein wirtschaftlicher. Denn er bedingt nicht allein einen hohen Stromverbrauch, sondern er hat auch eine sehr intensive Unterhaltung der Wagen und ferner infolge der Schwere der letzteren auch eine starke Abnutzung der befahrenen Gleise zur Folge. Diese Nachteile haben denn auch denjenigen Straßenbahnverwaltungen, deren Betrieb bisher noch mit Akkumulatoren erfolgte, Veranlassung gegeben, sie zu befristeten und dafür den Oberleitungsbetrieb einzuführen, der sich bis jetzt allerdings als der wirtschaftlichste und zuverlässigste erwiesen hat. Aus diesen Gründen bestand schon bei der Beratung des Aufwandes der beiden Straßenbahnunternehmungen bei den städtischen Kollegien kein Zweifel darüber, daß, insofern die hiesigen Straßenbahnen noch Akkumulatorenbetrieb aufweisen, die alsbaldige Umstellung des Akkumulatorenbetriebes als eine der Hauptaufgaben zu erachten sein würde, die nach dem Uebergange der Straßenbahnunternehmungen in den Besitz der Stadtgemeinde Dresden neben der Regelung anderer wichtiger Fragen die städtischen Kollegien zu beschäftigen haben würden. Die Verwirklichung des Akkumulatorenbetriebes erweist sich durch gewisse örtliche Verhältnisse noch besonders als notwendig. Es sei nur an die wiederholten Anträge aus der Mitte des Strohwerststr. Kollegiums erinnert, die Verwirklichung der Linie 12, St. Pauli-Friedhof-Überplatz, mit der Linie 10, Rosenthaler Bahnhof-Verkehrstrasse, herbeizuführen, die jedoch ohne Ausbau der Carolobridge mit Oberleitung nicht durchführbar ist. Besonders nachdrücklich wird über die Verwirklichung des Akkumulatorenbetriebes durch die Ueberleitung der zurzeit über die Aquaduktbrücke verlaufenden Linien über die während des Umbaues der letzteren

zu errichtende Interimskontakten. Denn es war als ausgeschlossen zu erachten, daß die Interimskontakten mit den hiesigen Akkumulatorenbetrieben verfahren werden. Somit ist auch die Verwirklichung des gesamten Akkumulatorenbetriebes auch auf einen Zeitraum von langer Dauer zu fassen. Als Ersatz für den Akkumulatorenbetrieb kann nach dem unumkehrlichen Entschlusse, die die Verträge mit unterirdischer Stromzuführung bisher hier gehabt haben, nur die elektrische Stromzuführung in Betracht kommen. Die Verwirklichung der Oberleitungsanlagen auf den hiesigen Akkumulatorenbetrieben ist Anlage zu beschleunigen. Die Anlagen sind nur hinsichtlich der Strecke entlang der Carolobridge in der Reichstraße. Wegen dieser Strecke wurde seitens des Direktors des sächsischen Instituts der Technischen Hochschule Einwirkung erhoben gegen den Betrieb mit Oberleitung, wie sie für die zurzeit bestehenden Oberleitungsstellen eingeführt ist, weil durch die von ihr ausgehenden magnetischen und induktiven Feuerwirkungen erhebliche Störungen der Arbeiten in diesem Institut entstehen. Um solche Störungen auszuschließen, ist in Aussicht genommen, die Strecke mit Doppeloberleitung auszubauen, so daß die Draht- und Adhäsion des Stromes für jedes Gleis durch zwei nebeneinander und von der Erde isolierte Drähte erfolgt, die von der Carolobridge bis zur Reichsstraße lauten. Dieses System, das weiter zur Vorbereitung hat, daß die auf dieser Strecke laufenden Motorwagen für den zweiten Oberleitungsabschnitt, der die Carolobridge verläßt, mit einem zweiten, und zwar mit einem Kollektromotor versehen werden, läßt einen einwandfreien Betrieb auf der künftigen Strecke erwarten. Es darf erwartet werden, daß die Anbringung der Oberleitung und die Aufstellung der Masten allenfalls ohne nachteiligen Einfluß für das Stadtbild bleiben. Wenn früher in dieser Beziehung andere Meinungen vorherrschend waren, so hat sich durch die inzwischen gewonnenen Erfahrungen in anderen Städten, wo seitdem Oberleitungen auch auf bebauten Straßen und Plätzen und in der Nähe von Bau- und Kunstdenkmälern angebracht worden sind, hinreichend ergeben, daß zur Aufrechterhaltung der ursprünglichen Befestigung kein Grund mehr vorliegt. Dazu kommt, daß die Erwartung, es werde der Industrie gelingen, in der Herstellung der Akkumulatoren eine wesentliche Verminderung ihres Gewichtes herbeizuführen, sich bisher nicht erfüllt hat, und daß die in dieser Richtung unternommenen Versuche so verlaufen sind, daß in jener Richtung auch für die Zukunft keine Aussicht auf Erfolg übrig bleibt. Der Rat ist der Ueberzeugung, daß sich deshalb die städtischen Kollegien bei der Mittelständlichkeit, in welche die Straßen selbst und die ungenutzte Aufrechterhaltung des Betriebes auf denselben durch die fortwährenden Ueberneuerungsarbeiten gezogen sind, die durch den Akkumulatorenbetrieb wesentlich vermehrt werden, auf die Dauer der Beilegung dieses Betriebes nicht hätten entgegenstellen können, auch wenn die Straßenbahnen im Besitze der Aktiengesellschaften verblieben wären. Gegenüber der Vergrößerung des Anlagekapitals der Oberleitung um 131,000 Mk. vermindert sich der Stromverbrauch infolge Erleichterung des Wagenverkehrs durch Enttarnung der Akkumulatoren und Verbilligung des Verlustes an Strom, welcher in Höhe von 30 Prozent der eingesetzten Menge der Akkumulatoren verloren geht, jedoch aber auch durch die mit der Oberleitung einsetzende wesentliche Verbilligung der Stromzuführung selbst. Dieser Winderbrauch ist auf jährlich 1,400,000 Kilowattstunden zu schätzen. Zu dem jetzt hierfür gewöhnlichen Preise von 11 Pf. für die Kilowattstunde berechnet ergibt sich hieraus eine Ersparnis von jährlich 154,000 Mk. Der hauptsächlichste Vorteil, den die Einführung der Oberleitung erbringt, liegt aber darin, daß der mit der Unterhaltung der Batterien und der Wagenstände verbundene beträchtliche Aufwand wegfällt, der auf rund jährlich 50,000 Mk. veranschlagt ist, und daß die Gleise infolge der geringeren Abnutzung eine wesentliche geringeren Aufwand an Unterhaltung und Erneuerung verursachen werden. Die Ersparnis läßt sich aber einigermaßen daraus erkennen, daß die äußerste Grenze der Benutzungsdauer der Gleisanlage bei Akkumulatorenbetrieb 10 Jahre, bei Oberleitungsbetrieb 25 Jahre beträgt. Abgesehen von diesen wesentlichen finanziellen Vorteilen kommen aber auch noch diejenigen Vorteile in Betracht, die sich aus der Durchführung einer einheitlichen Betriebsform für die Betriebsleitung durch die größere Betriebsamkeit ergibt, die darin liegt, daß das gesamte Betriebsmaterial auf den gesamten Strecken gleichmäßig verwendet werden kann.

Ueber die Neuordnung der Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse verschiedener Gruppen städtischer Beamter und Bediensteter ist vom Personal- und Arbeitsamt nach eingehenden Vorerörterungen eine umfangreiche Vorlage ausgearbeitet worden. Die Vorlage betrifft die Verteilung der Beamtenverhältnisse auf die verschiedenen Gruppen und die Einwirkung der verschiedenen Gruppen und Angehörigen der verschiedenen Gruppen der städtischen Verwaltung für gewisse Stellen von Beamten, die teilweise Veränderung des Beförderungssystems und Anträge auf Erhöhung des Gehaltes einzelner Beamter. Es wird darin namentlich auf die Verteilung der Beamtenverhältnisse bei einer Anzahl von Beamten vornehmlich des Betriebsamtes und des Tiefbauamtes vorgegangen. Soweit Gehaltserhöhungen vorgegangen werden, betreffen sie fast ausschließlich die untersten Gehaltsgruppen. Der Rat genehmigte die in der Vorlage gestellten Vorschläge mit einigen unwesentlichen Veränderungen, sowie des darin ausgearbeitete Ortsstatut über die Krankenversicherung der in den städtischen Betrieben und im städtischen Dienste beschäftigten Personen und Bewilligte den infolge der Neuordnung der Gehaltsverhältnisse für das Jahr 1907 entstehenden Mehraufwand an 75,675 Mk.

Der Vorstand des Deutschen Städtebundes hat keine Wiederwahl erachtet, die von ihnen gefassten Beschlüsse über Unterstützung deutscher Interessen im Auslande durch Gewöhnung einmündiger oder dauernder Weibchen an deutsche Gemeinden, oder Vereine im Auslande der Penzancestelle des Deutschen Städtebundes mitzuteilen. Diese ist beauftragt worden, über die Rückfälle, Leistungsfähigkeit und sonstige Verhältnisse der Interessierten fortlaufend Erkundigungen einzunehmen und den Mitgliedern des Städtebundes über das Ergebnis

erlangen, daß Messel mit der Ausarbeitung dieser Entwürfe betraut werden wird, scheint richtig zu sein. Das wäre als ein gewaltiger Fortschritt zu bezeichnen und würde für die weitere künstlerische Entwicklung der deutschen Reichshauptstadt die erfreulichsten Ausichten eröffnen. Einen Meister wie Messel hat man nach Dresden schon selten, weil keine Gegend, die von der amtlichen Epochen abwich, als „Winkel der Geschmackslosigkeit“ öffentlich gebrandmarkt worden, obwohl im Reichstagsgebäude trotz aller Mängel mehr ursprüngliche Kraft steht, als in allen anderen Berliner öffentlichen Bauten der letzten zwei Jahrzehnte zusammengewaschen. Alfred Messel orientiert sich von dem Schema F., nach welchem die beamteten Berliner Geheimräte zu bauen pflegen, noch weit weiter, und scheint dennoch in Unaben aufgenommen werden zu sollen, kein Wunder, wenn Berliner Kunstfreunde und Sachverständige daraus neue Hoffnungen schöpfen und bereits jubelnd ausrufen: „Es muß doch Kunst-Werkung werden!“ Auch in der bisher so reich rüstigen Reichshauptstadt.

Freilich, man soll nicht zu früh jubeln und erst einmal abwarten, ob die Anzeichen einer Wendung auf diesem Gebiete auch wirklich mehr sind, als vorübergehende Erscheinungen. Es ist noch nicht lange her, daß das harte Wort von einer „Kunstlosigkeit“ nicht etwa höchsten Ausschusses gegenüber, sondern in Bezug auf sehr ernsthafte und wichtige Werke einer neuen Kunstströmung. Es ist noch weniger lange her, als eine sehr hohe Dame beim Anblick eines solchen Werkes entrückt ausrief: „Aber warum malen die Leute so! Der Kaiser hat ihnen doch deutlich genug gesagt, wie sie malen sollen!“ Man kann ja freilich darauf erwidern, daß die Kunst frei ist und daß kein Künstler irgendwelche Vorschriften machen zu lassen braucht, selbst noch Kaiser nicht. Gewiss, die Tatsachen beweisen dies ja beständig. Aber der Kaiser ist nun einmal auf dem Gebiete der bildenden Künste der größte Autorität der Deutschen Nation und sein mittelbarer Einfluß ist noch weit größer und tiefer. Hat man es doch erlebt, daß Städte, die den Entwürfen zu einem Denkmale bereits gewohnt hatten, sich verweigerten, den Auftrag rückgängig zu machen, weil der betreffende Entwurf dem Geschmack des Kaisers nicht entsprach. Damit wurde nicht nur in Berlin, sondern in zahlreichen anderen preussischen Städten der öffentlichen Neubauten

ein einseitiger Stempel aufgedrückt, der ihnen durchaus nicht zum Vorteil gereichte. Ein Denkmale, wie das Hamburger Bild zum Beispiel, dessen genialer Wurf allezeit Bewunderung in Sachverständigen-Kreisen erregt, wäre in Berlin oder in einer anderen preussischen Stadt bisher einfach unmöglich gewesen. Das muß man sich vergegenwärtigen, um die Freude zu verstehen, die auch in den Kreisen unabhängiger Künstler darüber herrscht, daß der Kaiser seinem sehr einseitigen Kunstgeschmack anscheinend nicht länger die Entscheidung in allen Fragen, aus deren Lösung er Einfluß ausübt, gestattet will. Mehr hat kein Vernünftiger je verlangt. Wie es das Recht eines jeden Privatmannes ist, sich die Bilder und Statuen für sein Heim nach seinem individuellen Geschmack, nach seiner besonderen Neigung zu wählen, so wird natürlich, was diesem recht ist, auch dem Kaiser ferner billig sein. Nur daß dieser individuelle Geschmack bisher das offizielle Kunstgeschmack in Berlin und fast in ganz Preußen einseitig beherrschte, daran hat man gekochten Anstoß genommen. Wenn dies fortan aufhören sollte, dann wäre dies ein bedeutungsvoller Fortschritt, dessen Folgen namentlich für das Berliner Kunstleben unübersehbar wären.

Eine minder angenehme Weihnachts-Überraschung ist den Schulbuchverlegern und einzelnen Eltern im künftigen Berliner Westen jedoch zu teil geworden. Die Polizei hat sie benachrichtigt, daß sie, auf Veranlassung von Sittenverboten und zahlreichem Anwohner, sich genötigt sehe, nach Einbruch der Dunkelheit besondere Wachen aufzustellen, die das Treiben der „höheren Jücker“ und der „Ordnungsgenossen“ in der Laugengartenstraße streng beobachten sollen. Die Laugengartenstraße, eine Fortsetzung des Kurfürstendamms über die Kaiser Wilhelm-Gedächtnisstraße hinaus, spielt im öffentlichen Leben von Berlin W.W. nach wie vor dieselbe Rolle, die im alten Berlin zu Anfang des vorigen Jahrhunderts die Straße Unter den Linden spielte. Aber wie anders hat sich im neuen Berlin die Jugend entwickelt! Man muß das Treiben auf offener Straße sehen, um es zu glauben und für möglich zu halten! Die „Rangen vom Kurfürstendamm“, halbwindige, 14- bis 16-jährige Mädeln in auffälliger Kleidung, treten sich hier mit den „Herren Jungens“, sitzen mehr als ungenügend und benehmen sich so frech und laut, daß man sich ordentlich schämt, wenn man nur daran vorbeigeht. Es ist wirklich ein skanda-

loses Treiben, wenn es gewiß auch vielfach äußerlich schimmer aussieht, als es tatsächlich ist. Aber man begreift, daß da endlich ein Halt geboten werden mußte und man sogar die Polizei in Anspruch genommen hat, damit das öffentliche Ansehen endlich aufhöre oder doch wenigstens in gewisse Schranken gewiesen werde. Vielleicht wird man zugleich dafür sorgen, daß auch im Sommer der hiesigen Gärten nicht länger zum Sammelpunkte eines ähnlichen Treibens gemacht werde. Einzelne Eltern gestatten ihren halbwegsigen Töchtern und Söhnen freizugehen, wie sie größer kaum in den Vereinigten Staaten für die heranwachsende Jugend bestehen. Nur ist der himmelweite Unterschied, daß dort die Jugend selbständig besteht und von ihrer Umgebung meist einen vernünftigen und unabhängigen Gebrauch macht, was im Berliner Westen leider nicht der Fall ist. Hier wächst eine ansehnliche Jugend heran, die für die Zukunft die schlimmsten Bedürfnisse erweckt. Glücklicherweise beschränken sich diese Auswüchse immer noch auf verhältnismäßig kleine Kreise, die nur deshalb weiter existieren, weil sie sich in die Öffentlichkeit drängen und sich durch ihr lautes, auffallendes Wesen besonders bemerkbar machen.

Ja, die alte, alte Zeit! Sie ist in mancher Hinsicht nur ein frommes Märchen, das gerichtet, wenn man es näher prüft. Wenn jemand auch in diesem Falle sagen wollte, daß was früher doch nicht so, so würde aus allen Chroniken zu beweisen sein, daß etwa an der Höhe des 18. Jahrhunderts, zur Zeit des Königs Friedrich Wilhelm II., Unter den Linden ein Treiben herrschte, das nicht minder skandalös war, als das heutige in der Laugengartenstraße, nur daß die beteiligten Personen beiderlei Geschlechts älter und ihr „Stirn“ noch weniger barlos war. Gleich nahm niemand daran Anstoß, die Polizei wachte sich nicht hinein, und nur Fremde, die nach Berlin kamen, schüttelten die Köpfe und berichteten darüber mit Erstaunen und Entsetzen. Man soll also über Berlin W.W. nicht ohne weiteres den Stab brechen. Groß-Berlin mit seinen drei Millionen ist verhältnismäßig gesitteter, als Berlin mit seinen 180,000 Einwohnern vor 120 Jahren gewesen ist. Immerhin ist doch, was man heute hier zu sehen bekommt, schlimm genug. Nicht nur einem kleinbildigen Philister würden die Darze zu Berge liegen, wenn er das skandalöse Treiben in der nördlichen Laugengartenstraße zwischen 5 und 9 Uhr abends sähe!